

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 1,50 M., durch Abnehmer 0,50 M. pro Woche, 22,50 M. pro Monat, durch die Post 20,— M. pro Monat u. Aufschrift v. d. Zeitung u. 7,50 M. Redaktionspreis, 1,5—3 Wochen. Produktivgenossenschaft f. d. Provo. Schlesien, e.G.m.b.H., Breslau, Wopischelstr. Nr. 21059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 6887.

Montag, 10. Juli 1922

Anzeigenpreis: Der 5. Spalten-Millimeterzeitung von deren Raum 3,— M., darüber 2,75 M. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Verlos- und Verlosungsanzeigen 1,— M. — Restliche: Die Millimeterzeitung, 3 Spalten, ober deren Raum im Text 2,— M.

Entweder Stimmeskoalition oder Arbeiterregierung!

Das Zentrum und die Demokraten haben an die Deutsche Volkspartei eine Aufforderung, in die Regierung einzutreten, gerichtet.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat an die beiden folgenden Antwortschreiben gerichtet:

„An die Vorstände der Fraktionen des Zentrums und der Deutschen demokratischen Partei.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß die außerordentliche Schwierigkeit der Lage das Zusammenwirken aller derer verlangt, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. In den in Übereinstimmung mit der Anschauung der Fraktion gehaltenen Reden der Abgeordneten Weder, Selzge und Strefemann ist unsere Auffassung zu der außenpolitischen Lage sowie zu der Frage des Schutzes der verfassungsmäßigen Staatsform gegen Verächtlichmachung und gegen hochverräterische Unternehmungen in wesentlicher Übereinstimmung mit den von Ihnen vertretenen Anschauungen zum Ausdruck gekommen. Da weiter auch in den der Verabschiedung zugehenden großen Finanzgesetzen eine gedeihliche gemeinschaftliche Arbeit auf breiter Grundlage erfolgt ist, dürfte die auch von Ihnen als Voraussetzung bezeichnete Übereinstimmung in den wesentlichen Grundfragen vorliegen. Wir halten daher eine Zusammenarbeit auch in der Regierung für möglich und sind bereit, uns an der Regierung zu beteiligen. Namens des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei. Dr. Strefemann.“

Die Antwort der Deutschen Volkspartei auf den Brief der Demokraten über den Eintritt der Stimmes-Partei in die Regierung beleuchtet blühend die Lage: Diejenigen, die glauben, im Parlament einen Angriff gegen die Reaktion führen zu können, sind geschlagen. Die bürgerlichen Parteien wollen keine Konzessionen machen. Nachdem man sie 14 Tage lang nach Rathenaus Ermordung unangestastet gelassen hat, stellen sie Bedingungen.

Die Bedingungen sind klar. Es soll weiterhin gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Der Reaktion wird kein Haar gekrümmt werden, dagegen soll das Proletariat neu-

lasten auf sich nehmen, neuen Anschlägen der Reaktion ausgesetzt sein.

Die famosen Koalitionsparteien Zentrum und Demokraten entlarven sich als das, was sie tatsächlich sind: Anhängel der Schwerindustrie. Mit den Sozialdemokraten gehen sie nur solange zusammen, solange ihr, des Bürgertums Wille, geschieht. Stellt die SPD. auch die mindesten Forderungen, die über dieses Maß hinausgehen, dann kündigen sie offen die Geselligkeit und wenden sich an die Deutsche Volkspartei.

Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen stehen jetzt am Scheidewege. Entweder sie kapitulieren vor der Reaktion und fügen sich dem Spinn der ihrer gestrigen Koalitionsgenossen, oder sie gehen zum Angriff über.

Selbst der „Vorwärts“ hat gestern gesagt, daß eine Erweiterung der Koalition durch Eintritt der Deutschen Volkspartei für seine Partei ausgeschlossen sei. Die „Freiheit“ stellt fest, daß das Schicksal der Wirts-Regierung in ihrer Hand liege. Sie könne von den Unabhängigen jeden Augenblick gestürzt werden.

Nun, jetzt ist wohl jedem sichtbar, was die Regierung Wirt bedeutet. Sie ist ein willenloses Werkzeug in der Hand der Deutschen Volkspartei. Sie muß Stimmes gehorchen, weil er und nicht Wirt die Machtmittel des Staates in der Hand hält. Und was ein Stimmes-Kabinett für die Arbeiterschaft bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Lage ist klar. Diese Regierung kann das Abkommen der Spitzenorganisationen nicht ausführen. Dieser Reichstag wird ein Gesetz zum Schutze der Republik nicht annehmen. Darum müßte einer Regierung, die sich gegen den Willen der überwindenden Mehrheit des Volkes stellt, Auflösung des Reichstags, der gegen die Arbeiterschaft handeln will! Die Arbeiterschaft hat die Macht, ihre Regierung an Wirts Stelle zu setzen. Neuwahlen werden der Ausdruck dieser Bereitschaft sein.

Arbeiterregierung und Neuwahlen sind die ersten Voraussetzungen für die Durchführung des Abkommens. Sie müssen geschaffen werden, wenn das Proletariat sich nicht erneut der Reaktion ausliefern will.

Die Ausnahmeverordnung für Schlesien.

Von einem Breslauer Intellektuellen wird uns geschrieben:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident für die Provinz Schlesien eine Verordnung erlassen, wonach Artikel 114 der Verfassung außer Kraft gesetzt und auf diese Beschränkung der persönlichen Freiheit das alte aus wilhelminischer Zeit stammende Straftatengesetz vom 4. Dezember 1916 wieder in Wirkung gesetzt ist.

Artikel 114 lautet: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig. — Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spätestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet worden ist; unverzüglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Freiheitsentziehung vorzubringen.“

Durch die Außerkraftsetzung dieser Verfassungsbestimmung ist es der Polizeibehörde möglich, jeden mißliebigen Menschen, der nach ihrer Ansicht sich einer Agitation gegen die bestehende Verfassung und Republik schuldig macht, auf die Dauer bis zu sechs Monaten zu verhaften, ohne daß etwa der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt.

In der vorliegenden Verordnung müssen wir insbesondere die Bestimmung bekämpfen, daß den Landesverwaltungen bzw. dem Minister des Innern die Ausführung des Gesetzes übertragen wird. Wenn auch vielleicht die Reichsregierung die Absicht hat, daß diese Verordnung in erster Linie gegen die monarchistischen Nordbuben angewandt wird, so müssen wir nach den bisherigen Erfahrungen und nach der reaktionären Zusammenziehung unserer Verwaltungsbehörden befürchten, daß, nachdem sich die Aufregung etwas gelegt hat, sich diese Ausnahmeverordnung ausschließlich gegen die Kommunisten richten wird.

Wenn die Regierung gewillt wäre, wirklich die Republik zu schützen, so müßte ihr erstes Bestreben darauf gerichtet sein, sich auf eine sichere republikanische Wehrheit zu stützen. Diese Stütze kann sie aber nicht bei der Deutschen Volkspartei oder den Demokraten finden (vgl. deren Haltung bei der Beseitigung der Hohenzollernbilder in Berlin und ihre Stellung zum Schutzgesetz), sondern nur bei den drei sozialistischen Parteien. Da sie dies aber nicht tut, sondern weiter als bürgerliche Mischmachtsregierung fortwirbelt und nicht den Mut gefunden hat, durch Auflösung des Reichstags an das Volk zu appellieren, so muß man annehmen, daß diese sogenannte republikanische Regierung in Wirklichkeit gar nicht die Republik schützen, sondern nur der Masse des Volkes Sand in die Augen streuen will. Diese Regierung ist eine Puppe in der Hand des kapitalistischen Blocks, und sie muß tanzen, wie diese Herren pfeifen. Daher werden das Schutzgesetz und die Ausnahmeverordnungen gegen die Rechtsparteien nur papierne Fegen sein. Und diese Herren Velferich und Genossen, die am 8. November 1918 sich in ein Mäueloch verkrochen und vor Angst heulten, werden alsbald wieder ihre Mannen sammeln und zu einem neuen Schlage gegen die Republik ausholen.

Daher ist es Pflicht jedes aufrichtigen Republikaners — mag er Anhänger der demokratischen oder der Arbeiter-Republik sein — dafür zu sorgen, daß die Untaten der Deutschnationalen und ihrer offenen und heimlichen Parteigänger nicht vergehen werden, daß immer wieder jedermann daran erinnert wird, und daß alle dauernd auf Posten sind, damit die Reaktion nicht plötzlich wieder ihr Haupt erhebt. Gegen diese Reaktion helfen keine Ausnahmegerichte, sondern nur die Wachsamkeit der Massen, die dafür sorgen und die Regierung zwingen müssen, mit eisernem Bejen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden auszufegen und die reaktionären Beamten zum Teufel zu jagen. Denn dort ist der wahre Hort der Reaktion, dort sitzen sie und lachen spitzbübisch über die Maßregeln der Regierung, die sie zunichte machen.

Erst wenn Deutschland eine rein republikanische Regierung haben wird, erst wenn in allen Verwaltungsämtern aufrechte Republikaner sitzen, erst wenn die Justiz nur mit republikanischen Richtern besetzt ist, die aus der freien

Warum die Koalitionsregierung scheitern muß?

Wohin es führt, wenn sich ein Teil des Proletariats mit dem Bürgertum loahert, haben die deutschen Arbeiter schon vor der Ermordung Rathenaus mit wachsendem Groll empfunden. Zu der gegenwärtigen Situation muß sich jede Koalitionsregierung doppelt verhängnisvoll gegen das Proletariat auswirken. Eine Koalitionsregierung muß nicht nur im Kampf gegen die Reaktion vertragen, sie muß sich zwangsläufig gegen das Proletariat kehren. Wie dafür ausschlaggebende Gründe legt Genosse Kadel in einem längeren Artikel in der Moskauer „Prawda“ vom 4. Juli dar. Wir geben nachstehend den wichtigsten Teil wieder.

Wenn man die Stellung, die die sozialdemokratische Presse einnimmt, aufmerksam betrachtet, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Einheitsfront der Arbeiter gar nicht nach ihrem Gesichtswort ist. Sie versteht ausgezeichnet, welche Gefahr eine Politik einheitlicher Aktionen der gesamten Arbeiterklasse für sie mit sich bringt. Daher, dieses Zentrum der deutschen Reichsgewerkschaften, der DGB, wo alle Verbindungen und Astenate vorbereitet werden, wird selbstverständlich in der entscheidenden Weise gegen jegliche Ausnahmegerichte gegen rechts sein. Es erklärt, daß es sich solchen Gesetzen nicht fügen werde. So ist sogar der gegenwärtige Kampf gegen die Konterrevolutionäre mit der Gefahr des Bürgerkrieges verbunden. Andererseits sind die Parteien des Zentrums und der Demokraten, mit deren Hilfe die Herren Sozialdemokraten die Republik verteidigen wollen, sozial mit ihnen verbunden, gegen die das Schwert derselben Republik gerichtet sein sollte.

Was ist die Partei des Zentrums? Das ist die Partei des ganzen katholischen Deutschlands, d. h. der katholischen Bergwerksbesitzer, Großgrundbesitzer und Kleinbürger. Graf Doppersdorf und der alte Thajfen, ein Industrieller, der reicher ist als Stimmes, als Vertreter der demokratischen Republik — das ist ein Bild für Güter!

Und die demokratische Partei? Das ist die Partei des großen Handels- und Finanzkapitals. Sowohl die eine wie auch die andere der bürgerlichen Parteien, die zur Koalitionsregierung gehören, waren wie Republikaner. Um so weniger werden sie sich zu einem wirklichen Kampf mit den Vertretern der herrschenden Klasse, zu der die Nationalisten gehören, entschließen. Die Verschärfung des Kampfes mit den Nationalisten droht es mit sich zu bringen, daß die führenden Elemente dieser Parteien gegen eine Regierung, die sich zu einem solchen Kampf entschließen würde, aufstehen. Darum unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Sozialdemokraten, die heute unter dem Druck der Arbeitermassen genötigt sind, in den Reihen der proletarischen Einheitsfront zu marschieren, gleichzeitig eine andere Front, die

„Republikanische Front“ vorbereiten, an der außer ihnen und dem bürgerlichen Pseudo-Republikaner auch die Herren Unabhängigen teilnehmen sollen. Diese Verbreiterung der Koalition soll die Regierung festigen und sie gleichzeitig von dem Druck der Arbeitermassen befreien. Die Vorschläge der Sozialdemokraten, die den Unabhängigen zu einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten genötigt wurden, fanden bei jenen Zustimmung.

Die SPD. hat dennoch an dem gemeinsamen Vorgehen mit den Sozialdemokraten beider Richtungen teilgenommen und sie hat vollkommen richtig gehandelt, denn wenn die Sozialdemokraten, die die Möglichkeit haben, Hand in Hand mit der gesamten Arbeiterklasse die Konterrevolution durch Taten zu bekämpfen, die proletarische Einheitsfront spalten werden, um in der Koalition mit der Bourgeoisie bleiben zu können, wenn sie noch die Unabhängigen Sozialdemokraten in diese Koalition hineinziehen werden, so werden sie die Kräfte für eine gewisse Zeit verstreuen, sie aber gleichzeitig nur vergrößern.

Freiheit für die Monarchisten.

Aus der bayerischen Monarchie.

Aus den Ausführungen, die heute im Landtage der Minister des Innern Dr. Schwemer machte, ist folgendes hervorzuheben: Nach den Verfassungsbestimmungen ist kein Zweifel, daß von den Beamten keine Beschränkung der persönlichen politischen Auffassung, namentlich auch keine innere Übereinstimmung mit der republikanischen Staatsform verlangt werden könne und daß ihnen auch die Teilnahme an Bestrebungen auf Änderung der Verfassung nicht verweigert sei, sofern diese Bestrebungen sich auf gelegentlichen Wegen betätigen. Ein Beamter, der aus jener monarchistischen Gesinnung kein Viehl macht, mache sich dadurch ferner Verletzung seiner Dienstpflichten schuldig.

Eine reaktionäre Provokation folgt der anderen. Der bayerische Minister des Innern stellt nicht nur fest, daß die Beamten volle Freiheit für monarchistische Propaganda genießen, sondern fordert sie geradezu auf. In dem zwischen den Gewerkschaften und den proletarischen Parteien geschlossenen Abkommen heißt es: Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen, Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen.

Bis heute ist noch nicht ein Beamter, nicht ein Offizier „geläubert“ worden. Es ist auch bisher nicht das Geringste erreicht, um mit einer derartigen Säuberung zu beginnen. Wir fragen die sozialistischen Parteien und den DGB: Ihr hört die Reden des bayerischen Ministers des Innern, Ihr wißt genau so wie wir, daß noch alle monarchistischen Beamten und Offiziere in Amt und Würden sitzen, was wollt Ihr dagegen tun? Was wollt Ihr tun, um das Berliner Abkommen durchzuführen?

Wagt die Partei vorzugehen, es kann in der Republik nicht gelingen. Falls nicht die Partei sich auch ohne Ausschussgruppe...

Es ist jetzt gerade ein Jahr vollendet, da erließen wir in Schritten eine Ausnahmeverordnung, die den Zweck haben sollte, die Forderung der Partei zu erfüllen...

Es handelte sich um die Ordnung der Truppen, die trotz „Auflösungen“ die schließliche Bevölkerung beunruhigten, sogar die Arbeiter, die braven schließlichen, aus ihrer Ruhe aufkamen...

Die Polizei und die Polizei war ihnen gegenüber blind. Ja, hier in Schlessen, in Breslau, erkannten sich diese nationalsozialistischen Verbände einer sehr großen Hilfe...

Die politische Polizei verstand es vorzüglich, die Ausnahmeverordnung anzuwenden. Aber nicht gegen die sie bestimmt war, sondern gegen die Kommunisten.

Unsere Zeitung wurde beschlagnahmt, der Druck verboten, das Druckerpersonal mit Strafen bedroht, wenn es die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ druckt usw. Alles auf Grund einer Ausnahmeverordnung „zum Schutze der Republik“.

Da kam der 7. Juni 1921. Die Funktionäre der Breslauer Organisationen hatten Sitzung. Distriktsführer, Kassierer, Unterassistenten usw. waren erschienen. Ein Genosse Frisjke aus Solingen hielt einen organisatorischen Vortrag...

Der Genosse Frisjke, der erst am Tage seiner Festnahme zwei Tage in Breslau war, wurde vom Leiter der Funktionärerversammlung aus Unkenntnis als Schmidt bezeichnet. Die Polizei hielt ihn aber für — Bela Khan.

Alles mit Hilfe einer Ausnahmeverordnung. Dann kamen politische Prozesse. Die Verbindung Lysch und seiner Freunde mit der Orgesch wurde bewiesen. Ja, sogar der damalige preussische Minister des Innern, der Demokrat Dominikus, wurde stark belastet — und Lysch wurde entlassen.

Der Feind gegen die Kommunisten beginnt.

Die wir erfahren, hat der Reichsausschuss für öffentliche Ordnung, Reichmann, am 3. Juni, nach 10 Tagen nach der Ermordung Reichmanns, an die ihm unterstellten Behörden die Anweisung erteilt...

In dem Augenblick also, wo alle Volksparteien gespannt tätig sein müßten, die Orgeschformationen zu beobachten und die Führer der reaktionären Partei ihnen ins Gesicht zu bringen, sollen die Kommunisten von dem Reichsausschuss für öffentliche Ordnung, Reichmann, aufs allerhöchste verfolgt werden.

Alle Parteioptionen und Massen haben aufs genaueste auf Spitz Obacht zu geben.

hat, um sich auf einen höheren Posten vorzubereiten. Wahrscheinlich, die Republik braucht „höhere“ monarchistische Beamte. Wir fragen: Sind Orgesch-Lysch und seine Getreuen noch im Dienste des Staates oder des Reiches?

So geschah es im vergangenen Jahr. Es ist gut, wenn man das Geschehene in die Erinnerung zurückruft. Daran können wir lernen. Die Verhältnisse sind heute ähnlich. Die Ausnahmeverordnung „zum Schutze der Republik“ wird ein Machtmittel des Bürgerrechts zum Kampf gegen das Proletariat und die Kommunisten sein.

Zusammenfassung der Kontrollausschüsse.

Nach der Meldung des mehrheitssozialistischen „Sächsischen Wochenblatts“ ist in Juidau die Lage ruhig. Am Donnerstag früh ist entsprechend der Meinung des Aktionsausschusses die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen worden.

- 1. Die auswärtige Schwerverstärkung hat Juidau zu verlassen.
2. Die Juidauer Schwere hat sich jeder Lässigkeit gegen die Arbeiter und Demonstrationen zu enthalten.
3. Der Aktionsausschuss und die Funktionäre der drei sozialistischen Parteien haben die Sorge für die Ruhe und Sicherheit der Stadt Juidau übernommen...

Die am Mittwoch nachmittag abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte hat den Verhandlungsergebnissen zugestimmt, dem Aktionsausschuss einstimmig ihr Vertrauen auszusprechen und beschlossen, daß am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Die Ereignisse in Juidau und an zahlreichen anderen Orten, wo die republikanische Schwere Arbeiterblut vergossen hat, belegen die Arbeiterklasse darüber, daß sie nur durch eigene Kampfbereitschaft und einheitliche Organisation ihrer Kräfte die Reaktion niederschlagen und ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse im Keim ersticken kann.

Die gegenwärtige Lage erfordert eine Zusammenfassung aller Kontrollausschüsse zwecks gemeinsamer Beratung und gemeinsamen Vorgehens. Die reaktionären höheren Beamten haben, die Reichspresse heftig, die Landes- und Gerichtsbehörden frei umher und schmeiden neue Pläne.

Der Kontrollausschuss Gotha hat direkt angesichts der drohenden Gefahr alle Gewerkschaftszentrale und örtlichen Parteileitungen...

Die Arbeiter der Bergbauindustrie... Die Arbeiter der Bergbauindustrie...

Neuer Maschinen — neue Lenkungsstelle.

Die Partei ist immer mehr... Die Partei ist immer mehr...

Die Partei ist immer mehr... Die Partei ist immer mehr... Die Partei ist immer mehr...

Die Partei ist immer mehr... Die Partei ist immer mehr... Die Partei ist immer mehr...

Zum Attentat auf die „Oberschlesische rote Fahne“

schreibt unser Berliner Zentralorgan: Kaum sind die von den Kapitalisten geführten nationalsozialistischen Kämpfe zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern durch die staatliche Übernahme...

Die „Oberschlesische rote Fahne“ hat nicht nur während der gefährlichsten nationalsozialistischen Kämpfe stets die kontingente Linie des proletarischen Klassenkampfes, das heißt die Einigung der polnischen und deutschen Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe...

Wir verlangen von der Regierung der Republik, die eben erst wieder die Verwaltung in Oberschlesien übernommen hat, daß sie sofort alle behördlichen Schritte unternimmt, um das Erscheinen des einzigen Arbeiterblattes in Oberschlesien, das sich es der Republik ernst darum, sich vor den Monarchisten und Nationalisten zu schützen...

Geht das nicht, dann ist für die Arbeiterklasse wieder einmal der Beweis erbracht, daß nicht nur die monarchistische Depresse ungebremst weiter erscheinen darf, sondern, daß sogar die Arbeiterpresse, wenn sie reaktionären Anschlüssen zum Opfer fällt, nicht einmal geschützt wird.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki. Uebersetzt von Adolf Hef.

133) Uebersetzt von Adolf Hef. (Schluß) Aber sofort begann sie sich und sagte: „Doch man hat mich!“ Sie blinnte sich um und sah nichts, aber die Gedanken blitzten einer nach dem andern in ihrem Gehirn auf und erloschen...

trat zur Seite, wo die Mutter saß. Der Spion aber verhielt sich ruhig. Der Spion schritt gemächlich vorwärts und betrat die aufmerksamen mit zornigen Augen ihr Gesicht. Sie rückte tief in die Bank. „Wenn er mich nur nicht schlägt... nur nicht schlagen...“ Er machte neben ihr Halt und fragte nach kurzem Schwitzen hastig: „Was geht da?“

die Füße. Sie rief ruhiger und härter die Papiere aus dem Koffer, verteilte sie nach rechts und links in irgendwelche geschwunden, gierigen Hände und sagte: „Kopier hat man meinen Sohn und alle, die mit ihm waren, verurteilt, wißt ihr das? Ich will es euch sagen und ihr müßt dem Herzen einer Mutter und ihren grauen Haaren glauben.“

Planmäßige Gewerkschaftsarbeit.

In Deutschland und Österreich haben Gewerkschaften sich noch nicht als eine einheitliche Bewegung entwickelt. Das war ein großer Fehler und eine schwere Last für die Arbeiter. Die Gewerkschaften haben sich nicht als eine einheitliche Bewegung entwickelt, sondern als eine Menge von isolierten Organisationen. Das hat zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung geführt. Die Gewerkschaften müssen sich als eine einheitliche Bewegung organisieren, die die Interessen der Arbeiter in der gesamten Welt vertritt. Nur so können sie die Ziele der Arbeiterbewegung erreichen.

Um das erreicht zu werden, ist es notwendig, dass die Gewerkschaften in der gesamten Welt eine einheitliche Organisation bilden. Diese Organisation sollte die Interessen der Arbeiter in der gesamten Welt vertreten und die Ziele der Arbeiterbewegung verfolgen. Nur so können die Gewerkschaften die Ziele der Arbeiterbewegung erreichen.

Der erste Teil des Kurses enthielt ein Bild der Entstehung der deutschen Gewerkschaften und ihrer Entwicklung bis zum Kriegsausbruch. Eingehend wurde den Teilnehmern vor Augen geführt die verschiedene Stellung, die Lassalle und Marx zur Gewerkschaftsfrage einnahmen. Weiter zeigten die Referenten, wie nach der Gründung der beiden Flügel der Arbeiterbewegung auf dem Kongress in Gotha die junge, erstarrte Arbeiterbewegung durch das Bismarckische Ausnahmegesetz von 1878 bis 1890 vernichtet werden sollte — die gewerkschaftliche Bewegung sogar gegen das ausdrückliche Versprechen der Regierung, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht hindern zu wollen. Wie aber trotz aller Gewalt und Tücke immer wieder aus Lohnbewegungen Gewerkschaften entstanden und wie dann sogar noch eine besondere Veranlassung gegen die Streiks zugelassen werden mußte — der Antikarrierestreich, der in jedem Streik die Hydra der Revolution treffen sollte.

Alles das konnte aber die gewerkschaftliche Bewegung nicht erlösen — und als das Schandgesetz 1890 fiel und mit ihm sein Urheber, Bismarck, da hatten sich trotz alledem die Gewerkschaften schon wieder kräftig entwickelt.

Nunmehr gingen sie daran, sich eine straffere Organisation zu geben: die Frage Sozial- oder Zentralorganisationen wurde auf dem Kongress in Halberstadt 1892 endgültig zugunsten der letzteren entschieden. Die Gründung einer Spitzenorganisation, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die schon vorhergegangen, wurde hier bestätigt.

Sodann zeigten die Lehrer, wie nun ein Konkurrenzkampf der Spitzenorganisationen der beiden Flügel der deutschen Arbeiterbewegung ausbrach: der Generalkommission und des Parteivorstandes. Schon ein Jahr nach der Gründung der Generalkommission trat der Konflikt offen zutage auf dem Parteitag zu Köln 1893. Dieser Kampf, der ein Kampf der beiden Spitzen, endigte aus einer Reihe von tiefen Ursachen mit dem Siege der Generalkommission über den Parteivorstand, der klar zutage trat in dem merkwürdigen Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über den politischen Massenstreik in der Zeit zwischen den beiden Parteitagen in Jena und Mannheim. Die ganze Bedeutung dieses Sieges der Generalkommission zeigte sich der Welt erst im August 1914, wo die Generalkommission die Linie angab und die Politik der SPD. nicht unwesentlich beeinflusste.

Im zweiten Teil wurde dann die Bedeutung und das eigentliche Wesen des Burgfriedens für die Arbeiter und für die Unternehmer dargestellt. Die Lehrer zeigten, wie die Politik der Gewerkschaftsbürokratie in Wahrheit darauf hinausläuft, zwei Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter an den Wagen des Imperialismus zu spannen, so daß die Gewerkschaftsbürokratie die kompromittierende Anerkennung, die sie von ihren einstigen Lohnfeinden fanden, reichlich verdient war. Weiter zeigten die Lehrer die Bedeutung des Hilfsdienstgesetzes für die Knebelung der Arbeiter und zerstörten alle die Scheingründe, welche die Gewerkschaftsbürokratie dafür ins Feld führt. Zudem zeigten sie das wahre Wesen der Arbeitsgemeinschaften auf an der Hand von Aussprüchen aus dem bürgerlichen und Unternehmerlager.

Auch die Rolle der Gewerkschaften beim Rapp-Putsch, der „Öffene Brief“ und die „Zehn Punkte“ erfuhr eingehende Behandlung.

Am dritten Abend zeigten die Redner, wie diese Politik des Betrugs in großen Teilen der organisierten Arbeiterchaft ein so großes Mißtrauen wachrief, daß besonders im Ruhrgebiet der Aufbruch

erwartet wurde, das vielleicht viele durch die Ungerechtigkeit des Lebens gekränkte Herzen längst gesucht und ergriffen hätten. Die Rächstehenden schwiegen, die Mutter sah ihre gierig aufmerksamen Augen und fühlte in ihrem Gesicht ihren warmen Atem.

„Tritt auf die Bank!“ sagte man ihr.
„Geh fort, Alte!“
„Gleich nehmen sie sie mit!“
„Ist die aber frech...“
„Sprich schnell... sie kommen!“
„Fort! Geht auseinander!“ ertönten die Schreie der Gen darmen immer näher. Es waren ihrer schon mehr, sie stießen kräftig, und die Leute vor der Mutter schwannten auf den Füßen und griffen nacheinander, um sich zu halten.

Es war ihr, als wenn alles um sie herum wogte, als wenn alle bereit wären, sie zu verlassen, ihr zu glauben und sie wollte geschwind den Leuten alles sagen, was sie wußte, alle Gedanken, deren Kraft sie fühlte. Diese tauchten leicht aus der Tiefe ihres Herzens hervor und fügten sich zu einem Lied zusammen, aber sie fühlte beschämt, daß ihre Stimme nicht reichte, daß sie heiser wurde, zitterte, überstrapaz.

„Das Wort meines Sohnes ist das reime Wort eines Arbeitsmannes, eines unbestechlichen Herzens! Lernet die Unbestechlichen kennen, sie sind unerschrocken und gehen selbst zu ihrem Schaden, wenn das nötig ist, der Wahrheit entgegen!“
Ein paar junge Augen blickten ihr voll Entzünden und Furcht ins Gesicht.
Man rief sie vor die Brust, sie schwante und setzte sich auf die Bank. Ueber den Köpfen der Leute erschienen die Hände der Gen darmen, sie griffen nach den Krügen und Schültern, warfen Körper beiseite, rissen Hüfen herunter und schleuderten sie weit fort. Alles wurde schwarz, schwante in den Augen der Mutter, aber sie bezwang ihre Würdigkeit und schrie mit dem Ueberbleibsel ihrer Kraft weiter.

„Reinigt eure Kräfte zu einer Kraft!“
Ein großer Gen darm padte sie mit seiner roten Hand an den Krügen und schüttelte sie.
„Halt Maul!“
Sie schlug mit dem Hinterkopf gegen die Wand, ihr Herz wurde einem Augenblick vom beißenden Rauch der Furcht umfangen, dann kam es wieder, den Rauch zerteilend, hell auf.
„Geh!“ sagte der Gen darm.
„Fürchtet nichts! Es gibt keine Qualen, die schlimmer sind als die, die ihr das ganze Leben lang ertragt.“
„Maul halten, sage ich!“ Der Gen darm sagte sie unter den Arm und zog sie fort, ein anderer ergriff ihren zweiten Arm und beide führten sie mit festen Schritten fort.

„Es gibt keine Qual, die bitterer ist als die, die das Herz jeden Tag still einschließt und die die Brust austrocknet.“
Der Spion kam vorgelaufen, drohte ihr mit der Faust ins Gesicht und wispelte:
„Maul halten, du Fack!“
Ihre Augen wurden größer, blipten, die Kinnlade zitterte. Sie bemerkte die Füße auf den glatten Steinfußboden und schrie mit Aufbietung ihrer letzten Kräfte:
„Eine Seele, die auferstanden ist, kann man nicht töten.“
„Du Hund!“
Der Spion schlug sie mit einer kurzen Handbewegung ins Gesicht.
„Da hat das alte Luder einen!“ ertönte ein schadenfroher Ruf.
Etwas Schwarzes und Rotes blendete eine Sekunde die Augen der Mutter, jähliger Blutgeschmack erfüllte ihren Mund. Vereinzelt laute Zurufe belebten sie.
„Unterst dich nicht, sie zu schlagen!“
„Kinder!“
„Was ist?“
„Ach, du frecher Lump!“
„Nau ihn!“
„Man kann nicht die Verunft in Blut erlösen!“
Man rief sie gegen den Hals, den Rücken, man schlug sie gegen die Schulter, an den Kopf. Alles drehte sich im Kreise, mischte im Geschrei, Geheul und Pfeifen dunkel durcheinander, etwas Dichtes, Betäubendes froh ins Ohr, drang in die Kehle und würgte sie. Der Fußboden brach unter ihren Füßen ein, schaukelte, die Beine bogten sich, der Körper zitterte in brennenden Schmerzen, wurde schwer und schwante kraftlos hin und her... Aber ihre Augen erloschen nicht und sahen viele andere Augen, die in einem ihr bekannten, fihnen Feuer brannten — einem Feuer, das ihrem Herzen nahe war.

Mittwoch, den 18. Juli, abends 7/8 Uhr
in den Zentralhallen, WeidenstraÙe 50
Öffentliche Volksversammlung
Thema: Das Berliner Abkommen und die A.S.D.

Der vierte und letzte Abend beschäftigte sich dann mit den Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit und mit der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Als Einleitung dazu entrollten die Redner ein Bild der kapitalistischen Wirtschaft vor dem Krieg und zeigten dann den klaffenden Abgrund in dem System der vorher auf einem gewissen, wenn auch oft gestörten, äußerst empfindlichen Gleichgewicht beruhenden kapitalistischen Weltwirtschaft. Dieses zertrümmerte Gleichgewicht könnte nur auf Kosten einer vollkommenen Zerkleinerung der Arbeiterklasse wieder hergestellt werden und eben daraus erwachsen den Gewerkschaften ihre besonderen Aufgaben, die sie, sie mögen wollen oder nicht, erfüllen müssen.

Um diese Aufgaben aber erfüllen zu können, muß der Geist der Mitglieder ein anderer werden. Da liegt die Hauptaufgabe unserer Genossen, die Köpfe der Millionen von Gewerkschaftlern, die sich bis jetzt noch nicht klar sind über den wahren Charakter der heutigen Gewerkschaftspolitik — und sie darum noch beden — mit einem anderen Geist zu erfüllen. Dazu ist eine ruhige und systematische zähe Kleinarbeit nötig, die unterstützt werden muß durch das gute Beispiel, das unsere Genossen als die fortgeschrittensten der Arbeiter den Brüdern im Betriebe geben müssen, ganz besonders in der rücksichtslosen Vertretung der Arbeiterinteressen. Dann, wenn unsere Genossen so arbeiten, werden die Bürokraten in den Verbänden sie nicht mehr lange als Querscheiter hinstellen können; die Masse wird ihnen den Schwundel nicht mehr glauben. Besonders dann nicht, wenn unsere Genossen vor keiner notwendigen Kleinarbeit zurücktreten und überall sich als die sorgsamsten und besten Funktionäre erweisen. Das wird ihnen unter den Arbeitern ein Vertrauen schaffen, das die Bürokratie auch mit der geschicktesten Demagogie nicht wieder zerstören kann.

Mit einer Ausnahme war die Beteiligung an den Kursen überall eine gute und das lebhafteste Interesse, womit die Teilnehmer den Ausführungen der Lehrer folgten und alle aufgeworfenen Fragen diskutierten, zeigte, wie notwendig diese Veranstaltung gewesen war.

Eine noch bessere Wirkung wird ein späterer Kursus haben, wenn die Genossen einen solchen Kursus mehr als bisher als eine willkommene Gelegenheit benützen, sich bei gewissen kleinen Dingen in der Disziplin zu üben: im pünktlichen Erscheinen zum Beispiel im Unterlassen des Rauchens und auch des Biertrinkens nicht nur während des Vortrags, sondern im Schlußfall überhaupt.

Die Teilnehmer werden gut daran tun, das Gehörte nun in Diskussionsabenden durch gründliche Aussprache und durch einige Lektüre, wozu Fingerzeige gegeben wurden, zu vertiefen. S. S.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Breslauer Steinmehnen, Dilsarbeiter und Schleifer.

Seit dem 3. Juli 1922 befinden sich die im Zentralverband der Steinarbeiter organisierten Kollegen im Streik, da die Breslauer Steinmehnen, bei den bisherigen Tarifverhandlungen Verschleppungstaktik geübt haben, und wir betreffs eines Ortstarifes glücklicherweise ein halbes Jahr manche Nacht geopfert haben. Durch die Engherzigkeit der Meister kam ein solcher nicht zu

„Es gibt keine Qual, die bitterer ist als die, die das Herz jeden Tag still einschließt und die die Brust austrocknet.“
Der Spion kam vorgelaufen, drohte ihr mit der Faust ins Gesicht und wispelte:
„Maul halten, du Fack!“
Ihre Augen wurden größer, blipten, die Kinnlade zitterte. Sie bemerkte die Füße auf den glatten Steinfußboden und schrie mit Aufbietung ihrer letzten Kräfte:
„Eine Seele, die auferstanden ist, kann man nicht töten.“
„Du Hund!“
Der Spion schlug sie mit einer kurzen Handbewegung ins Gesicht.
„Da hat das alte Luder einen!“ ertönte ein schadenfroher Ruf.
Etwas Schwarzes und Rotes blendete eine Sekunde die Augen der Mutter, jähliger Blutgeschmack erfüllte ihren Mund. Vereinzelt laute Zurufe belebten sie.
„Unterst dich nicht, sie zu schlagen!“
„Kinder!“
„Was ist?“
„Ach, du frecher Lump!“
„Nau ihn!“
„Man kann nicht die Verunft in Blut erlösen!“
Man rief sie gegen den Hals, den Rücken, man schlug sie gegen die Schulter, an den Kopf. Alles drehte sich im Kreise, mischte im Geschrei, Geheul und Pfeifen dunkel durcheinander, etwas Dichtes, Betäubendes froh ins Ohr, drang in die Kehle und würgte sie. Der Fußboden brach unter ihren Füßen ein, schaukelte, die Beine bogten sich, der Körper zitterte in brennenden Schmerzen, wurde schwer und schwante kraftlos hin und her... Aber ihre Augen erloschen nicht und sahen viele andere Augen, die in einem ihr bekannten, fihnen Feuer brannten — einem Feuer, das ihrem Herzen nahe war.

Man rief sie gegen den Hals, den Rücken, man schlug sie gegen die Schulter, an den Kopf. Alles drehte sich im Kreise, mischte im Geschrei, Geheul und Pfeifen dunkel durcheinander, etwas Dichtes, Betäubendes froh ins Ohr, drang in die Kehle und würgte sie. Der Fußboden brach unter ihren Füßen ein, schaukelte, die Beine bogten sich, der Körper zitterte in brennenden Schmerzen, wurde schwer und schwante kraftlos hin und her... Aber ihre Augen erloschen nicht und sahen viele andere Augen, die in einem ihr bekannten, fihnen Feuer brannten — einem Feuer, das ihrem Herzen nahe war.

Die Aktionäre der Zuckerfabrik Bernstadt ließen vor der Demonstration am 4. Juli einen Anschlag in der Fabrik anbringen, nach dem bei sämtlichen Arbeitern das Arbeitsverhältnis gelöst ist; die an der Demonstration teilnehmen. Da dieser Anschlag von den Arbeitern unbeachtet blieb, waren am Mittwoch morgen die Tore verschlossen. Am Nachmittag sollte die Arbeit aufgenommen werden, aber kein Lohn für Dienstag nahm und Mittwoch vorm. gezahlt und 20 bis 30 Mann entlassen werden. Die Arbeiterchaft stellte darauf Gegenforderungen: Bezahlung sämtlicher Tage, Einstellung aller Arbeiter, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, Entlassung des Arbeiters Böber. Dieses wurde zugesagt bis auf zwei Punkte. Bezahlung der Tage soll der Schlichtungsausschuß entscheiden, zur Entlassung des Böber soll nachgewiesen werden, daß Böber dem Direktor gegenüber den Angeber spielt. Wenn dies erfolgt, dann soll dieser entlassen werden. Heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Nachbinder-Verband von großen Klumpen.
Durch die Ereignisse in der Paderborger Metallindustrie erzwungen, haben nun auch die Unternehmer des Nachbinderwerkes und verwandte Betriebe den Kampf um die 48-Stundenwoche aufgenommen. Die Verlängerung, das seit Januar 1920 für das Gewerbe bestehenden Reichstarif wurde davon abdingt gemacht, daß anstelle der in den vier Industriezentren Berlin, Leipzig, Stuttgart und Wünnen überwiegen gelassenen 48-Stundenwoche die strikte Durchführung der 48-Stundenwoche gefordert wurde. Da noch nicht einmal eine bestimmte und nennenswerte Entschädigung dafür geboten wurde, lehnten die Vertreter der vier genannten Tarifstädte dieses Anstehen ab, welcher Anstehen der gesamte Tarifauschuß zustimmte. Damit hat sowohl der Reichsmantel- und der Affordiaris, sowie auch das bis zum Ende Juli laufende Lohnabkommen mit dem 30. Juni sein Ende erreicht.

Die 50 000 unter dem Reichstarif entfallenden Branchenangehörigen sind seit diesem Tage tariflos und werden nun erst durch drückendes und bezirksweises Vorgehen sich die notwendigen Verbesserungen, insbesondere eine zeitgemäße Lohnerhöhung zu erkämpfen suchen. In Berlin stehen bereits etwa 5000 Berufsangehörige im Kampf. Schon in den nächsten Tagen wird der Kampf voraussichtlich einen erheblich größeren Umfang annehmen, zumal auch die Unternehmer bereits mit Gegenmaßnahmen gedroht haben.

Aus den Betrieben.



Die Aktionäre der Zuckerfabrik Bernstadt ließen vor der Demonstration am 4. Juli einen Anschlag in der Fabrik anbringen, nach dem bei sämtlichen Arbeitern das Arbeitsverhältnis gelöst ist; die an der Demonstration teilnehmen. Da dieser Anschlag von den Arbeitern unbeachtet blieb, waren am Mittwoch morgen die Tore verschlossen. Am Nachmittag sollte die Arbeit aufgenommen werden, aber kein Lohn für Dienstag nahm und Mittwoch vorm. gezahlt und 20 bis 30 Mann entlassen werden. Die Arbeiterchaft stellte darauf Gegenforderungen: Bezahlung sämtlicher Tage, Einstellung aller Arbeiter, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, Entlassung des Arbeiters Böber. Dieses wurde zugesagt bis auf zwei Punkte. Bezahlung der Tage soll der Schlichtungsausschuß entscheiden, zur Entlassung des Böber soll nachgewiesen werden, daß Böber dem Direktor gegenüber den Angeber spielt. Wenn dies erfolgt, dann soll dieser entlassen werden. Heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus der Kriegsofferbewegung.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Fürsorge über die Behebung der Arbeitslosigkeit unter den Kriegsoffern.

Unter den Breslauer Kriegsbeschädigten herrscht seit Ende des Krieges eine starke Arbeitslosigkeit. Die amtlichen Berichte melden schon 3 Jahre Monat für Monat mehr als 1000 Beschädigte ohne Erwerb. Dieser Zustand wurde immer mehr zu einem dauernden. Die Arbeitsbeschaffung wie Vermittlung liegt in Händen der Fürsorge. Trotz wirtschaftlicher Hochkonjunktur haben alle Maßnahmen der Fürsorge nicht vermocht Besserung zu schaffen. Das für die Kriegsoffiziere damit verbundene Geld, zuzugewandt der Ortsgruppe des Internationalen Bundes erneut dazu Stellung zu nehmen. In vollster Deutlichkeit beleuchtete sie die terrichenden Zustände und unterzog die Maßnahmen der Fürsorge einer schweren Kritik. Grund der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit zu bannen gleichwege zu beheben kam die Ortsgruppe zu der Ueberzeugung, daß hier ein Eingreifen der Organisation elementarste Pflicht ist. In Uebereinstimmung mit vielen Mitgliedern anderer Organisationen stellte sie an die Fürsorge Forderungen, deren Erfüllung Abhilfe gewähre. Die Ortsgruppe sieht die Gewähr, daß alles getan werden kann erst dann, wenn die Kriegsoffer durch ihre Organisationen über die Arbeitsbeschaffung und Vermittlung verfügen. Als erstes wurde verlangt Verursachung von 2 Schwer- wie 2 Leichtverletzten Vermittler aus den Reihen der organisierten Kriegsoffer. Die Fürsorge sagte zu in einer gemeinsamen Sitzung mit allen Organisationen dieses zu besprechen. Diese Sitzung fand nun am 6. Juli im Rathaus statt. Alle örtlichen Kriegsbeschädigtenverbände waren zugegen. Der Internationale Bund hatte noch beauftragt, der Sitzung öffentlichen Charakter zu geben, damit den Kriegsoffizieren Gelegenheit geboten wird beizuwohnen. Diesem Verlangen wurde nicht stattgegeben.

In dieser Zusammenkunft versuchten nun 3 Vertreter der Fürsorge den Nachweis zu erbringen, daß die Fürsorge alles getan hat um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Daß dieses nicht gelungen ist, führte die Fürsorge auf verschiedene Umstände zurück. Der Zugang vom Land, das starr Verhalten verschiedener Arbeitgeber und nicht zuletzt, daß viele Beschädigte durch eigenes Verhalten ihre Beschäftigung verlieren. Zu den gestellten Forderungen vertrat die Fürsorge den Standpunkt, erweiternd muß die Vermittlung werden, und es sollten sich ähnliche Beschädigte bewerben. Im übrigen hat sie aber wenig Hoffnungen, daß durch Organisationsvertreter mehr erzielt würde. Der Vertreter des Internationalen Bundes stellte fest, daß die in der Presse erhobenen Behauptungen den Tatsachen entsprechen und die Ortsgruppe darüber die volle Verantwortung trägt. Die Arbeitslosigkeit besteht noch wie vor, und nur durch Erfüllung der gestellten Forderungen besteht die Gewähr, daß Abhilfe geschaffen werden kann. Er verlangte deshalb reifliche Erfüllung.

